

Für eine große Farmer- organisation Westcanadas

Richtlinien für die Verschmelzung der Grain
Growers und der Farmers Union

Vereinbarung vom Verschmelzungskomitee
unterzeichnet.

Berücksichtigung der Verhältnisse in Manitoba und Alberta.

Die Verhandlungen über die Frage der Verschmelzung der Saskatchewan Grain Growers Association und der Farmers Union of Canada haben während der letzten Woche einen bedeutenden Fortschritt gemacht. Am Dienstag, 2. März, wurde eine Sitzung des Verschmelzungskomitees im Kontor der Handelskammer in Saskatoon abgehalten. Die Mitglieder des Komitees beschloßen, daß alle Mitglieder der Farmers Union of Canada, welche in Manitoba und Saskatchewan angeschlossen sind, zunächst Mitglieder der Saskatchewan Grain Growers Association werden sollten. Wenn dann in jenen Provinzen ebenfalls Sektionen gegründet werden, so sollten diese volle Autonomie erhalten. Inzwischen wird die neue Organisation ihre Tätigkeit unter einer provisorischen Charta ausüben. Ferner wurde es als sehr erwünscht bezeichnet, daß unter den Mitgliedern der beiden Organisationen eine völlige Harmonie herrsche und daß alle sich in guter Kameradschaft unterhalten. Der Verband sollte, um so die Vereinigung nicht nur der Form, sondern auch dem Geiste nach zu erleichtern.

In der Sitzung am 2. März wurde ferner nach der Entwurf zu einem Abkommen zwischen den Grain Growers und der Farmers Union ausgearbeitet und unterzeichnet. Folgende Bedingungen wurden vereinbart:

1. Ein Verschmelzungskomitee, bestehend aus J. A. Stoneman, G. F. Edwards, J. C. Proulx, A. R. Hamilton, W. M. Threlker, C. C. Stollner, C. D. Harris, Frau A. C. Doherty, Frau S. E. Selby und Frau John McManis, wird hiermit ernannt. Alle notwendigen Dokumente zur Inkorporierung der neuen Vereinigung und Nebengesetze zur Leitung ihrer Geschäfte vorzubereiten, um sie dann einer Konvention jeder Vereinigung geleitet zur Genehmigung durch mindestens drei Viertel der Mitglieder zu bringen.
2. Die neue Organisation soll ihre Unternehmung von irgendeiner Handelskammer erhalten.
3. Die Dienstzeit in irgendeiner Amt soll auf zwei aufeinanderfolgende Jahre beschränkt sein.
4. Die Organisation soll nicht parteipolitisch und nicht religiös sein.
5. Als Grundlage für die Mitgliedschaft wird die Basis des „bona fide“ Farmers angenommen.

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Austen Chamberlains Eiertanz

Britischer Außenminister für Erhaltung
des „Vocarnogefüßes“.

Unklare Haltung in der Frage des
Völkerbundsrates.

London, 6. März. — Der Außenminister, Lord Chamberlain, erklärte vor dem Unterhaus, daß England sich nicht einem einseitigen Vorkurs der anderen Mitglieder des Völkerbunds widersetzen würde, außer Deutschland aus einer anderen Nation einen handigen Sitz zu gewähren.

In seiner Auseinandersetzung der britischen Politik in Bezug auf die Erweiterung des Rates sagte er: „Austen jedoch, daß die britischen Vertreter in der bevorstehenden Sitzung in Genf von den Prinzipien geleitet sein würden, nichts zu unternehmen, was die Ergebnisse von Vorkurs gefährden könnte. Sie dürfen sich nicht zu den Gruppen schlagen, welche es Deutschland im letzten Augenblick unmöglich machen könnten, dem Völkerbund beizutreten, wenn es sich vor seinen Toren einfällt.“

Sir Austen sagte, er habe die Entscheidung der internationalen Streitfrage bezüglich des Völkerbunds mit großem Interesse verfolgt. Wenn die extreme Form der Streitigkeit den Geist der Nationen darstelle, müßte man einen äußerst trüben Ausblick auf die gegenwärtigen Lage haben. Dennoch glaube er nach den Erklärungen von Vertretern der einzelnen Nationen annehmen zu dürfen, daß die Sachlage sich klären werde.

Er erklärte, daß die britische Regierung das weitverbreitete Bedauern über die bisherige Entwicklung teile, doch könne er nicht sagen, daß dieser oder jener Schuld daran sei. Vielleicht war es unvermeidlich, fügte er hinzu.

Munizipalitäten-Konvention in Regina

Zahlreiche Resolutionen wurden angenommen.

Erneuerung der Forderung nach Verbesserung der Soldatenlöhne.

Regina. — Die Vereinigung der landlichen Munizipalitäten von Saskatchewan hielt letzte Woche in Regina ihre jährliche Konvention, die aus allen Teilen der Provinz sehr gut besucht war.

Eine Frage, welche einen breiten Raum in den Beratungen einnahm, war die Forderung der landlichen Munizipalitäten von Saskatchewan und Alberta, vom „Soldier Settlement Board“ für alle Vorkriegsleute, welche unter der Kontrolle des Board stehen, Steuern zu erheben. Die Regierung wurde gebittet, daß, wenn die kanadische Regierung in dieser Beziehung nicht genügend entgegenkommt, man die Sache auf gerichtlichen Wege ausfechten und sogar unter Umständen bis zum „Prize Council“ gehen solle. Nach einer Vernehmung haben die Munizipalitäten in den beiden Provinzen bis Ende 1924 etwa \$125,000 bis \$200,000 an Steuern eingezahlt, weil sich der Board geneigt hat, die Steuern zu bezahlen. Daher wurde eine Resolution angenommen, welche von der kanadischen Regierung eine entsprechende Gegenleistung verlangt.

J. J. Lamb berichtete über die Verhandlungen mit der Dominionregierung, welche er gemeinsam mit dem Vertreter der Vereinigung von Alberta, C. P. Binkley, letztes Jahr geführt hat. Premier King und Minister Ridd hatten ihm erklärt, daß sie niemals daran gedacht hätten, die Vorkriegsleute unter der Kontrolle des „Soldier Settlement Board“ als „Strandvögel“ zu betrachten. Doch meinte Minister Ridd, die Vorkriegsleute der Munizipalitäten würden eine neue schwere Last für die Dominionregierung bedeuten. Doch wollte er sich mit dem Settlement Board in Verbindung setzen, um von ihm zu erfahren, wie hoch sich die Steuern erhöhen würden.

Die neue Resolution verlangt das Zusammengehen mit den Erklärungen der anderen Munizipalitätsorganisationen des Westens in dieser Frage, um, wie man hofft, jetzt aus Manitoba bereit sei, sich an der Bewegung zu beteiligen.

Eine weitere Forderung bezieht sich auf die Kosten für jene Knaben, welche in Vorkriegsheimstätten in Saskatchewan untergebracht sind, und für vernünftige Kinder. Verlangt wurde, daß man diese Angelegenheit ebenfalls behandle, wie es bei provinziellen Organisationen der Fall sei. Ferner soll den munizipalen Organisationen die Ermächtigung erteilt werden, den Steuergebern eine Steuer aufzuerlegen, um damit die Hospitalgebühren für vorkriegsliche Kinder zu decken.

Einige weitere Forderungen bezieht sich auf die Kosten für jene Knaben, welche in Vorkriegsheimstätten in Saskatchewan untergebracht sind, und für vernünftige Kinder. Verlangt wurde, daß man diese Angelegenheit ebenfalls behandle, wie es bei provinziellen Organisationen der Fall sei. Ferner soll den munizipalen Organisationen die Ermächtigung erteilt werden, den Steuergebern eine Steuer aufzuerlegen, um damit die Hospitalgebühren für vorkriegsliche Kinder zu decken.

Koltschaks Sinn- richtung

Moskau, 6. März. — Wie von dem ehemaligen Kommandanten des Regimentschulhauses in Jarkutsk, M. Jichow, jetzt enthält wird, verurteilt Admiral Koltschak, einer der unangenehmsten Gegner der kommunisten, sich vor seiner Hinrichtung zu verweigern. Der Versuch schlug allerdings fehl und Koltschak wurde später erschossen.

Schwarze Wölfe in B. C.

Prince George, B. C. 6. März. — Schwarze Wölfe sind in den Gegenden des Chief Lake und Murch Lake eingeschlagen, wo sie unter den Elchen und anderen großen Wildtieren mütten und viele töten. Elbert Miller, der dort Jagen ausübt, erklärte, er sei kürzlich auf die Spuren einer Anzahl Wölfe gestoßen. Er folgte den Spuren und fand sie in einem dichten Wald. Aus der Reihe, in der der Schnee an dem Platte niedergelassen worden war, mit Blut vermischt war, konnte man entnehmen, daß die Elche sich tapfer gegen sie hatten, doch schließlich unterlag. Miller stellte in der Nähe eine Falle auf und fing einen Wolf. Das Fell des Tieres moß auf den Füßen von einem Ende zum anderen. Es war jedoch von Elchen dermaßen zerfetzt worden, daß Miller sich nur mit der Prämie begnügen mußte.

Die schwarzen Wölfe sind in den Gegenden des Chief Lake und Murch Lake sehr selten anzutreffen. Die Jäger und Jäger wollen nun einen Kampf gegen die Eindringlinge beginnen, da sie befürchten, daß anfangs nur wenig von den Wildtieren in der Gegend übrig bleiben wird.

Canadisches Unterhaus bis 15. März vertagt

Ottawa. — Die Debatte des Unterhauses über die Dronrede ging am letzten Mittwoch mit einem negativen Abstimmungserfolg der liberalen Regierung zu Ende. Liberale, Progressivisten, Unabhängige und Arbeitervertreter vereinigten ihre Stimmen und errangen so 111 gegen 102 der Opposition. Damit war der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und die konservative Opposition stillschweigend erledigt.

Vor der Abstimmung sprach der Regierungsführer, Don Ernest Vincent. Er wies darauf hin, daß das Parlament nur zu dem Zweck zusammenberufen worden sei, um darüber zu entscheiden, ob die Regierung im Amt bleiben solle oder nicht. Er sei von vornherein klar gewesen, daß nach Lösung dieser Frage das Haus sich für die Sitzung auflösen würde. Die Konservative Regierung erklärte, daß sie sich für die Sitzung auflösen würde. Die Konservative Regierung erklärte, daß sie sich für die Sitzung auflösen würde.

Zum Skandal des männlichen Exkron- prinzen

Paris, 8. März. — Frau Kambrino, seine kaiserliche majestätische Gattin, hat den vermaligen Kronprinzen Carol von Rumänien auf zehn Millionen Francs verurteilt. Nach Ansicht von Freunden des Prinzen ist die Klage durch politische Einflüsse in Rumänien veranlaßt, um die Wiedererlangung des Kronrechts für Carol noch mehr zu erschweren.

Prozessanten halten es für sonderbar, daß Frau Kambrino von den Behörden in Bukarest den ihr bisher verweigerten Hof erhielt, gerade in dem Augenblick, als Carol in Paris eintraf und in Rumänien eine Agitation für seine Rückkehr einleitete. Carol bestritt seine Angelegenheiten noch immer nicht mit Berücksichtigung, anstatt aber viele in Paris anhängige oder neuerdings aus Rumänien kommende Freunde.

Schwere Sturmschäden in Europa

Rom, 6. März. — Während der Nacht brach über Italien von den Alpen bis nach Sizilien ein heftiger Sturm herein, der eine Anzahl von Opfern forderte, riesigen Sachschaden brachte und die Verbindung mit den übrigen Europa störte. Beim Einsturz der Mauern eines ausgegebenen Klosters wurden in Messina vier Personen getötet und drei verletzt. Großen Schaden erlitt die Schifffahrt in den Häfen von Genua und Catania. In der Gegend von Perugia war heftiger Schneefall.

Loulon, 6. März. — Der Nordweststurm, der seit einigen Tagen blies, wurde heute zum Orkan. Von zahlreichen Häusern wurden die Dächer abgerissen. Das neue Justizgebäude in Loulon ist stark beschädigt. Die meisten Werftstätten im Arsenal wurden entzündet. Tausende von Fruchtbaum sind entpuppt.

Die Eröffnung der Spezial- versammlung des Völkerbunds

Die deutschen Vertreter verlangen alleinigen Sitz
im Völkerbundsrat.

Alle Abstimmungsversuche bisher vergeblich.

Genf, 8. März. — Die Spezialversammlung des Völkerbunds wurde heute Nachmittag unter dem Vorsitz des japanischen Botschafters eröffnet. Der in leicht einleitenden Worten auf die hohe Bedeutung des Augenblicks hinwies und erklärte: „Die große deutsche Nation erlud um Aufnahme in den Völkerbund.“

Zum Präsidenten der Versammlung wurde dann Dr. Alfonso de Costa, der frühere Premier von Portugal, mit einer Mehrheit von 36 Stimmen gewählt. Er dankte die Anwesenheit der Vertreter und meinte, daß das Vorkursverbot, welches der Völkerbund führe, werde eine neue Ära beginnen.

Sir Austen Chamberlain wurde zum Präsidenten des ersten Komitees ernannt. Das Komitee wird die Verhandlungen in der Versammlung leiten. Die Verhandlungen werden am 22. März, falls Louis Loucheur von Frankreich in Vertretung des Komitees, das den Mitgliedsbeitrag boren.

Kabinet Briand gestürzt

Finanzmaßnahme von französischer Kammer
abgelehnt.

Wer wird neue Regierung bilden?

Paris, 6. März. — Die Regierung von Briand ist heute gestürzt. Premier Briand trat nach einer die ganze Nacht dauernden Sitzung der Deputiertenkammer zurück. Das Ministerium wurde bei der Verabschiedung der Finanzvorlage mit 274 gegen 221 Stimmen geschlagen. Die Regierung war mit 53 Stimmen in der Minderheit. Nach Annahme des Abstimmungsbeschlusses durch Präsident Doumergue kündigte Briand, der „Mann von Vorkurs“, an, daß er nicht nach Genf gehen werde, um bei Deutschlands Ernennung in den Völkerbund mitzuwirken.

Am Hinblick auf Vorkurs von Präsident Doumergue sagte Briand, fuhr er doch nach Genf, jedoch lediglich für Beteiligung an den Vorbereitungen am Sonntag, am Tage vor dem formellen Zusammentritt der Liga.

Nach Ankündigung der Abstimmung kurz nach sechs Uhr heute früh brachten die Abgeordneten, welche zu dem betagten Staatsmann gehalten hatten, Bedenken aus. Briand aus der Premier erlosch sich darauf und ging mit seinen Ministern in einen Nebensaal, um sein Abtrittsgeld anzunehmen. Falls Präsident Doumergue ein neues Ministerium zu bilden läßt, müßte das Parlament auszulösen und Neuwahlen auszurufen. Es werden voraussichtlich Joseph Caillaux oder der sozialistische Senator Rene Renaud als Premier ausgewählt. Caillaux hat die jetztige Lage voraus und ist zur Übernahme der Macht bereit. Der unmittelbare politische Ausblick ist unklar. Doumergue reiste heute zum Zweck der Stellung nach Lyons.

Neue Revolution in Mexiko prophezeit

Huerta kritisiert die Politik der Regierung
Calles

Mexikanischer Präsident verteidigt seine Verwaltung

New York, 6. März. — Die Regierung Calles in Mexiko wird besonders wegen ihres Kampfes gegen die Kirche in diesem Lande heftig angegriffen. Adolfo de la Huerta, der frühere zeitweilige Präsident von Mexiko, jetzt in New York, stellt für die nahe Zukunft eine Revolution in Aussicht. Wie er sagt, ist er bereit, die Revolution zu leiten, wenn das mexikanische Volk ihn ruft. Er prophezeit, daß die Sturz der Regierung Calles, wenn die Ver. Staaten ihre Anerkennung zurückziehen und bemerken, daß dies sicher geschehen werde. Nach seiner Meinung hat Präsident Calles alle Stände der Regierung entfremdet, außer „einem kleinen Teil der Arbeiterkraft, dem besondere Vergünstigung erteilt wurde.“

In seiner getrigen Ansprache in der Stadt Mexiko gab aber Präsident Calles ein verheißendes Bild. Er sprach von der wirtschaftlichen Verbesserung unter seiner Verwaltung und verwies auf die Erziehungspolitik der Regierung. Seine Regierung habe die alte Ansicht widerlegt, daß Mexiko ohne auswärtige Hilfe nicht gedeihen könne. Die Bestimmungen der Verfassung, welche die Amtierung im Ausland geborener Geistlicher verboten, würden buchstäblich durchgeführt.

Unruhen in Chihuahua.

Chihuahua, Mex., 6. März. — Jose Reyes Estrada, der Direktor der in dieser Stadt herausgegebenen Zeitung „La Voz“, wurde bei einem Streite mit Manuel Chaves, dem Vorsteher des landwirtschaftlichen Büros vom Staate Chihuahua, verurteilt. Der Streit entspann sich aus Meinungsverschiedenheiten über religiöse Ausfälle und bezüglich Schließung der Schulen.

Die Streitigkeit folgte einer Beilegung der Gouverneurs J. A. Mimbres, 5,000 Katholiken, die sich im Krebs-Park versammelt hatten, die Erlaubnis für einen Umzug zu geben, während 100 Freimaurer, die sich auf der Sibola Plaza eingefunden hatten, die Entwicklung der Ereignisse abwarteten. Durch seine Regierung wollte der Gouverneur einen möglichen Zusammenstoß zwischen Katholiken und Freimaurern vorbeugen für den Fall, daß die Pläne für die Demonstration doch ausgeführt werden sollten.

Die Lage wird als ernst betrachtet und weitgehende Maßnahmen sind getroffen worden, um Unruhen und möglichen Blutvergießen zu vermeiden.